

Sozialfürsorge und Heilpädagogik für Behinderte in den USA und Japans Gesetz zur Beschäftigungsförderung für Behinderte

Mariko ITO, Takeshi MATSUSHI

Yokohama National University, Faculty of Education and Human Sciences,

Department of Disability Studies

Zweck dieser Studie

Das Gesetz zur Beschäftigungsförderung für Behinderte wurde im April 2006 verabschiedet. Die Ziele dieses neuen japanischen Gesetzes bestehen darin, Arbeitsplätze für Menschen mit geistiger Behinderung bereitzustellen, die Unterstützung für diese Menschen vom Sozialsystem auf das Versicherungssystem zu verlagern und Behinderten und ihren Familien den Schritt in die Unabhängigkeit zu erleichtern.

In den USA leitete die Clinton-Regierung 1996 unter dem Slogan „the end of welfare as we know it“ (etwa: Schluss mit der herkömmlichen Sozialfürsorge) eine umfassende Sozialreform ein. Die neue US-Philosophie der „Fürsorge durch Beschäftigung“ hatte bedeutende Auswirkungen und führte dazu, dass selbst einige der fortschrittlichsten Nationen in Skandinavien und im übrigen Europa eine neue Sozialpolitik mit Schwerpunkt auf Arbeitsplätzen für Behinderte einführten. Japan bildet bei diesem weltweiten Trend keine Ausnahme, da die Politik der „Fürsorge durch Beschäftigung“ auch weitreichende Anwendung auf

das Gesetz zur Beschäftigungsförderung für Behinderte fand. Der Zweck dieser Studie besteht darin, problematische Aspekte des Gesetzes zur Beschäftigungsförderung für Behinderte und des Umgangs mit Behinderten in Japan zu ermitteln, aufzudecken und zu untersuchen und dazu die Geschichte und die Hintergründe des Umgangs mit geistig Behinderten in den USA zum Vergleich heranzuziehen, der stets auf dem „Geist der Unabhängigkeit“ beruhte.

Ergebnis und Analyse

Im Verlauf der Geschichte von Sozialfürsorge und Heilpädagogik für Behinderte in Amerika hat sich der Status dieser Behinderten in der Gesellschaft immer wieder verschoben, von „Heiligen“ zu „einer Last für die Gesellschaft“ zu „Menschen, die eine besondere Ausbildung benötigen, um produktiv zu sein“ zu „nicht Ausbildungsfähigen“ zu „einer Gefahr für die Gesellschaft durch ihre Assoziation mit Verbrechen und anderen Problemen“ zu „einem Problem der Nation

aus der Sicht der Eugeniker“ zu „Hoffnungsträgern, die ausgebildet und beschäftigt werden können“ und schließlich zu „einer Belastung für ihre Familien“. Behinderte und ihre Familien haben in den USA nie einen festen Sozialstatus erhalten, da die Einstellung der Gesellschaft zu ihnen aufgrund wechselnder sozialer und wirtschaftlicher Umstände von Generation zu Generation ständigen Veränderungen unterworfen war. Schuldgefühle und psychologischer Druck haben stets zu einer Belastung für die Familien von Behinderten geführt. Trotz der Kritik an unmenschlichen Praktiken in Einrichtungen für Behinderte und der aktiven Proteste, die während der Bürgerrechtsbewegung und durch Elternverbände stattfanden, erreichte die Zahl Behinderter in Heimen und Anstalten in den 1960er und 1970er Jahren ihren Höhepunkt. Es mag wie ein Widerspruch klingen, doch diese Tatsache illustriert, dass die Betreuungsstätten den Familien einen Ausweg aus Vorurteilen und gesellschaftlicher Entfremdung boten, während die Behinderten selbst den zu hohen Erwartungen ihrer Eltern und einem niedrigen Selbstwertgefühl entfliehen konnten. Die sensationelle Theorie der Eugenik und der Durchführung von Intelligenztests, hinter der das Konzept der Normalisierung stand, wurde von der Bevölkerung begeistert aufgenommen. Eine solche Philosophie führt jedoch leicht zu Missverständnissen und lieferte in vieler Hinsicht die perfekte Entschuldigung für jede Verzerrung der Wahrheit durch immer neue Regierungen. Die Schließung von Heimen und Anstalten wurde zwar oft als Erfolg für die Bürgerrechtsbewegung und die Normalisierungsbemühungen angesehen, doch tatsächlich waren eher Budgetstreichungen dafür verantwortlich. Die Lebensbedingungen Behinderter in den USA nach der Aufhebung vieler Betreuungsstätten

sind mit zahlreichen Problemen verbunden, darunter Misshandlung und das Fehlen geeigneter Umgebungen, die keine andere Wahl lassen als eine Rückkehr in eine Anstalt oder die Betreuung durch Familienmitglieder, und die Schwierigkeit vieler Betreuungsstätten, ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Nach der Definition eines Sozialstaates durch Andersen (1999) sind die USA eine liberale Nation, in der individuelle Anstrengungen und marktorientierte Antworten auf Sozialprobleme anderen Lösungen vorgezogen werden. Japan stellt eine Kombination aus konservativen und liberalen Prinzipien dar, die sich in seinem Versicherungssystem und Familienorientiertheit zeigt. Japans Gesetz zur Beschäftigungsförderung für Behinderte, das als Versicherungssystem etabliert wurde, erlegt den Behinderten und ihren Familien eine unverhältnismäßig hohe Sozialverantwortung auf. Das ist die konservative Seite des japanischen Sozialsystems, während Merkmale wie Sozialhilfe und finanzielle Unterstützung auf der Basis von Bedürfnissen statt Rechten, beschäftigungsbegleitende Sozialleistungen, Einkommensprüfungen zur Freistellung und die Wahrnehmung von Leistungen in Form individueller Verträge als liberalistische Aspekte angesehen werden. Aufgrund gewisser Übereinstimmungen mit dem System der USA könnte Japan vor den gleichen Probleme stehen, denen sich jetzt die Vereinigten Staaten gegenübersehen. Das japanische Gesetz zur Beschäftigungsförderung für Behinderte weist folgende problematische Aspekte auf: Erstens ist es kein nutzerorientiertes System, denn die Unterstützung wird anhand der Klassifizierung von Behinderungen geleistet, in die alle Behinderten systematisch eingeordnet werden. Da das Ziel darin besteht, eine Erwerbstätigkeit für sie zu finden, sind die Unterstützung und die finanziellen Leistungen auf die

Ausbildung ausgerichtet und in ihrem Umfang begrenzt. Ein solches System kann dazu führen, dass sich Kollegen und Beamte den Leistungsempfängern gegenüber autoritär verhalten. Die Teilnahme der Behinderten an gesellschaftlichen Veranstaltungen und Freizeitgestaltung wird zwar empfohlen, die Unterstützung solcher Aktivitäten für Behinderte wird jedoch nicht als wichtig genug erachtet, um konkret durchgesetzt zu werden. Zweitens wird die finanzielle Hilfe tageweise ausgezahlt. Durch diesen Zahlungsmodus verringern sich die Beträge für die unterstützenden Einrichtungen, die daraufhin ihre Personalkosten senken müssen. Das System der „Umwandlung von Vollzeitbeschäftigung“ unterstützt die Einstellung von Teilzeitkräften, die für ein niedrigeres Gehalt arbeiten, doch dadurch entsteht wiederum ein Problem bei der „Dienstgüte“: Das System erschwert die Einstellung von Fachkräften, die sich im Bereich der Behindertenarbeit engagieren wollen, und darunter kann die Qualität der Betreuung leiden. Ein Mangel an Fachkräften und eine geringere Dienstgüte durch Einsparungen bei den Personalkosten sind auch in den USA ein ernsthaftes Problem. Drittens hängt die Bereitstellung von Pflegeplätzen für jeden Einzelnen von der Klassifizierung seiner Behinderungsstufe ab, daher werden Menschen mit leichter geistiger Behinderung wieder in die Gemeinschaft entlassen. Dass die Gemeinschaft

Behinderten immer die beste Unterstützung bietet, ist jedoch ein Irrtum. Die beste Umgebung für Behinderte kann eine Betreuungsstätte sein, in der man sich human gemäß Zigler (1986) um sie kümmert. Lässt man sie dagegen ohne ausreichende Unterstützung außerhalb von Betreuungsstätten in der Gemeinschaft allein, besteht das Risiko, dass geistig Behinderte misshandelt werden, Verbrechen zum Opfer fallen oder selbst kriminell werden. Tatsächlich herrscht ein deutlicher Mangel an Sozialmaßnahmen für Menschen mit leichter geistiger Behinderung, die in der Gemeinschaft leben und arbeiten. Hinzu kommt noch, dass geistige Behinderung Ende des 19. Jahrhunderts sowohl in den USA als auch in Japan mit Kriminalität in Verbindung gebracht wurde. Falsche Auffassungen dieser Art dürfen nie wieder auftreten.

Literaturverzeichnis

- Steven Noll und James W. Trent Jr. (Hg.), *Mental Retardation in America: A Historical Reader*. New York University Press, New York. 2004
- K. Charlie Lakin und Ann P. Turnbull (Hg.), *National Goals and Research for People with Intellectual and Developmental Disabilities*. American Association on Mental Retardation. 2005
- Gøsta Esping-Andersen, *Social Foundation of Postindustrial Economies*. Oxford University Press. 1999
- Edward Zigler und Robert M. Hodapp, *Understanding Mental Retardation*. Cambridge University. 1986

